

Mit Paul Schiefer im Studio Guten Abend. Im Gaserstreifen gehen die Angriffe weiter. Laut palästinensischen Angaben sind dort bereits 3000 Menschen gestorben. Gleichzeitig denkt das israelische Militär offenbar über Alternativen zu einer Bodenoffensive nach. In Österreich sollen Gasheizungen in Neubauten ab dem nächsten Jahr verboten werden. Für bestehende Gebäude kommt das nicht. Das hat die Regierung am Nachmittag bekannt gegeben. Die Auszahlung der Corona-Hilfen über die Covaq ist verfassungswidrig. Das hat der VfGH so entschieden.

Die Hilfen dürfen aber weiter fließen. Der ehemalige Neosabgeordnete Wirt und Hotelier Sepp Schellhorn kommt zurück in die Politik. Und in Polen steht das Endergebnis nach den Wahlen am Sonntag fest. Die Regierungsbildung dürfte aber schwierig werden. Die Wetteraussichten hat Daniel Schrott. 16 Grad waren es heute in Ehrwald in Tirol. Nur sieben Grad in Liebenau im Müllviertel. In der Nacht wird es überall kalt, streckenweise frostig. Die Wolken ziehen ab. Allmählich entstehen ein paar Nebelfelder, etwa im Alpenvorland, in der Obersteiermark und in Kärnten. Die lösen sich morgen bis Mittag wieder auf. Sonst schon von der Früh weg viel Sonne, im Westen aber auch ein paar dichtere Wolken. Etwas milder morgen mit meist 10 bis 16 Grad. Mit Föhn von Vorarlberg bis in Salzkammergut bis zu 20. Im Westen selbst in 2000 Meter, 12 Grad. Die Lage im Nahen Osten bleibt angespannt und viele fragen sich, wann es mit der Bodenoffensive der israelischen Armee losgeht. Wobei diese heute ihre Ankündigung etwas relativiert hat, man denke, über Alternativen zu einer Bodenoffensive nachsagt ein Armee-Sprecher. Gleichzeitig ist die Krisen-Diplomatie voll angelaufen.

Morgen will US-Präsident Joe Biden nach Israel reisen. Schon heute ist der deutsche Kanzler Olaf Scholz dort gelandet, zu einem Solidaritätsbesuch. Rosanna Azara berichtet. Olaf Scholz ist der erste Regierungschef der Israel seit dem Hamas-Angriff vor 1,5 Wochen besucht. Deutschland steht an der Seite Israels, so Scholz bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Prämene Tanjahu. Unsere aus dem Holocaust erwachsene Verantwortung macht es uns zu unserer Aufgabe für die Existenz

und die Sicherheit des Staates Israel einzustehen. Andere Staaten warnen davor, in den Konflikt einzugreifen. Am Abend soll Scholz noch Familien der verschleppten Hamas-Geiseln treffen. Eine davon, eine 21-jährige französisch-israelische Staatsbürgerin ist von der Terrororganisation heute in einem im Internet veröffentlichten Video vorgeführt worden. Verletzt bittet sie darum, befreit zu werden. Die Mutter der Geisel wendet sich, verzweifelt an die Öffentlichkeit und ruft die Welt dazu auf, ihre Tochter wieder zurück nach Hause zu bringen.

Sie liebe und vermisse sie und sie sei sich sicher, dass Israel alles tue, um zu helfen. Das verspricht auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Er wolle keine falschen Hoffnungen machen, aber die Verhandlungen kämen voran. Insgesamt 199 Geiseln sind am 7. Oktober laut Israel in den Gaserstreifen verschleppt worden. Vermittelt wird unter anderem von der Türkei. Sie ist nach eigenen Angaben in Kontakt mit den Hamas-Senführern. Und im Gaserstreifen selbst verschärft sich

jeden Tag die humanitäre Lage. Über eine halbe Million Menschen sind dem israelischen Aufruf gefolgt und sind in den Süden geflohen. Doch die Versorgung der Menschen wird immer schwieriger.

Es gibt zu wenige Lebensmittel, zu wenig Trinkwasser und zu wenig Treibstoff. Und von außen wird weiterhin keine Hilfe in den Gaserstreifen hineingelassen. David Kriegleder berichtet.

Den im Gaserstreifen stationierten UN-Mitarbeitern bleibt dieser Tage nicht viel mehr, als auf die

prekäre Versorgungslage hinzuweisen. Unser Personal musste selbst die Wasserrationen auf einen Liter pro Person und Tag reduzieren, sagt Andrea de Domenico, der Leiter des UN-Nothilfe-Büros im ORF-Interview. Sein Team musste vom Norden in den Süden des Gaserstreifens verlegt werden. Doch dort fehle es ein kritischer Infrastruktur, um den Menschen helfen zu können. Die humanitäre Situation ist jenseits aller Vorstellungskraft und übersteigt alle unsere Vorbereitungen. Israel habe mittlerweile eines von drei Rohren, die den Süden Gasers mit Trinkwasser versorgen, wieder geöffnet. Und das für drei Stunden. Damit werde bloß ein Bruchteil des Wasserbedarfs gedeckt, sagt eine Sprecherin von Ärzte ohne Grenzen. Denn der Großteil des Trinkwassers in Gaza wird durch Entsalzungsanlagen gewonnen und die brauchen Treibstoff, der kaum noch verfügbar ist. Vor der südlichen Grenze des Gaserstreifens stauen sich weiter hunderte Tonnen Hilfsgüter. Doch bis jetzt konnten sich Ägypten und Israel nicht auf die Abwicklung der Einfuhr einigen. UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat angekündigt, nach Cairo zu reisen, um in dieser Frage zu vermitteln.

Nach dem Terroranschlag in Brüssel gestern Abend ist der Schütze tot. Er ist bei seiner Festnahme angeschossen worden und ist im Spital seinen Verletzungen erlegen. Der 45-jährige Tunesia hat zwei schwedische Fußballfans getötet und einen dritten Mann schwer verletzt. Vor dem Hintergrund der Eskalation im Nahen Osten gibt es jetzt die Sorge, dass in Europa eine neue Terrorwelle drohen könnte, aus Brüssel berichtet Robert Sigmund.

Ab des Salem El, der gestern Abend in Brüssel gezielt, jagt auf schwedische Bürgermächte, die wegen eines Fußballspiels in Brüssel waren, ist tot und langsam kehrt in Brüssel wieder die normale Geschäftigkeit ein. Doch Sorge bleibt. So kann die belgische Innenministerin nicht ausschließen, dass dieser islamische Terrorist Komplizen hatte, immerhin zeigte sich vom islamischen Staat inspiriert. Er soll sich auch zeitweise in Schweden aufgehalten haben, hat dort aber keine polizeilichen Einträge. Laut ausländischen Informationen wollte er sich früher auch dem islamischen Staat in Syrien anschließen. US-Außenbeauftragter Josep Borrell, die schwedische Regierung und auch der französische Präsident Emmanuel Macron, sagen heute, dass die Gefährdung durch islamistischen Terror in Europa nun wieder steigen und kein Staat der EU dafür sicher sei. Um sieben Minuten nach 18 Uhr kommen wir nach Österreich. Morgen stellt Finanzminister Magnus Brunner im Parlament das Budget für das kommende Jahr vor. Das Minus dürfte dabei mit kolportierten 20 Milliarden Euro höher ausfallen als erwartet. Wohl auch deshalb hat die Bundesregierung schon heute ein Konjunkturpaket vorgestellt, das im Finanzplan für das nächste Jahr enthalten ist. Ein wichtiger Teil davon sind Investitionen und Förderungen im Baubereich. Das geplante Erneuerbaren Wärmegesetz wird dabei aber deutlich zusammengestutzt. Es ist jetzt nur noch ein verpflichtender Ausstieg aus Gasheizungen für Neubauten vorgesehen. Für bestehende Gebäude kommt das nicht. Tanja Malle berichtet. Das geplante Konjunkturpaket der Bundesregierung sieht 3 Milliarden Euro für Energiehilfen für Unternehmen vor und 3 Milliarden Euro für erneuerbare Energien und

Sanierungsmaßnahmen.

Bundeskanzler Karel Niehammer, ÖVP. Es ist ein guter Tag, wenn es darum geht, unser Ziel fossile Brennstoffe weiter zurückzudrängen. Auf der einen Seite und auf der anderen Seite aber auch

der Wirtschaft Rechnung zu tragen in schwierigen Zeiten wie jetzt. Im Klartext heißt das, den viel diskutierten, verpflichtenden Ausstieg aus Gasheizungen soll es nun nur für Neubauten geben und nicht für bestehende Gebäude, wie es ja eigentlich in der Vorlage zum Erneuerbaren Wärmegegesetz vorgesehen war. Klimaministerin Leonore Gewessler von den Grünen erklärt den Richtungswechsel so. Man kann und man soll diesen Widerstand auch nicht wegnorieren.

Irgendwann

kommt auch in der Politik der Moment, wo man sagen muss, der ursprüngliche Plan war gut, aber funktioniert heute nicht mehr. Das Gasheizungsverbot für neuer Gebäude soll ab 2024 kommen.

Allerdings

braucht die Regierung dafür die Zustimmung von SPÖ oder FPÖ Gewessler. Ich habe die SPÖ bereits

über diesen Plan informiert und ich hoffe sehr, dass wir mit diesem Vorschlag nun auch rasch einen Beschluss im Nationalrat fassen können. Bei bestehenden Gebäuden will die Regierung den Ausstieg aus Gasheizungen fördern. Im Schnitt sollen rund drei Viertel der Heizungsdauschkosten ersetzt werden, heißt es. Außerdem geplant, die Umsatzsteuer für Photovoltaikanlagen soll ausgesetzt werden, der Zugang zu Förderungen erleichtert und Investitionen des Bundes in Bauprojekte werden vorgezogen. Vizekanzler Werner Kogler von den Grünen begründet all das auch mit der derzeitigen Delle in der Baukonjunktur. Warum ist das so wichtig akut, damit auch die Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gehalten werden? So wie zu Kanzler Kogler. Nächstes Thema im Abendjournal ist die SPÖ. Da wird es Änderungen geben bei der Wahl der Parteichäfs. Die werden

nämlich in Zukunft von der Basis gewählt, wenn es mehr als eine Kandidatin oder einen Kandidaten dafür gibt. Parteichäf Andreas Barbla hat sich damit gegen Skeptiker in der SPÖ wie den Wiener Bürgermeister Michael Ludwig durchgesetzt. Die Änderungen sollen beim Parteitag im November

abgesignet werden. Katja Arthofer. Die Mitglieder sollen das letzte Wort haben. Elektronisch oder per Briefwahl kann künftig über den SPÖ-Vorsitz entschieden werden. Wer dafür kandidieren will, muss innerhalb von vier Wochen 1.500 Unterschriften sammeln, was aktuell etwa einem Prozent aller Mitglieder entspricht. Durch diese sogenannte Schiraffenklausel sollen Spaßkandidatinnen und Kandidaten ausgeschlossen werden, denn zuletzt vor Barblaswahl war ja auch eine Schimbrunsche Raffe nominiert worden. Mitmachen bei der Vorsitz-Direktwahl dürfen auch neu eingetretene, wenn sie für das aktuelle Kalenderjahr den Mitgliedsbeitrag bezahlt haben, erreicht niemand im ersten Durchgang 50 Prozent, kommt es zu einer Stichwahl. Auf eine solche hatte man beim Dreikampf Barbla-Dosko-Zieler in die Wagner zuletzt noch verzichtet. Der SPÖ-Bundesparteitag

entscheidet über den Vorsitz künftig nur noch, wenn es lediglich eine Kandidatin oder einen Kandidaten

gibt oder wenn die Beteiligung bei der Mitgliederbefragung unter 20 Prozent liegt. Die Vorsitz-Wahl findet

regulär alle drei Jahre statt oder wenn sie von 10 Prozent der Parteimitglieder gefordert wird. Das

sind zurzeit rund 15.000. Ob in Zukunft auch Koalitionsabkommen automatisch von der Basis abgesignet werden sollen, wird noch offen gelassen. Am Parteitag in Graz im November ist das jedenfalls

noch kein Thema. Katja Adhofer hat berichtet und sie hat am Vormittag auch SPÖ-Parteichef Andreas Barbla zum Interview gebeten und ihn dabei auch auf die Kleingartenaffäre der Wiener SPÖ angesprochen. In dieser Affäre sind ja zuletzt wieder neue Ungereimtheiten aufgetaucht. Personelle Konsequenzen gibt es aber nach wie vor keiner, es sei rechtlich alles korrekt abgelaufen, heißt es dort. SPÖ-Chef Andreas Barbla will ganz offensichtlich nicht auf Konfrontation mit der Wiener SPÖ gehen und antwortete so. Wir hören, dass die SPÖ-Wien bemüht ist, dass Indian Wind zu klären ist. Es ist eine Aufgabe des Bundesparteivorsitzenden Überklare Positionierung vorgegeben, die sehr deutlich war, dass es für mich ein Gegenmodell immer geben muss bei all den Finanz- und Bevorteilungssystemen, die es in Österreich gibt und das betrifft ja leider alle Parteien, macht ein ganz gefährliches Bild auf die Politik und ich bin angetreten, das zu ändern in der SPÖ. Deswegen war ich sehr konkret mit der Compliance Regelung, die dem Bund betreffen wird. Das ist die erste Partei, die es tatsächlich auch sehr streng anlegen wird, aber inhaltlich auch zu vermeiden, dass man nicht mehr Umwidmungsgewinne machen kann, dass es in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, durch Umwidmungen Gewinne zu erzählen. Das heißt, dass dieses Geld abgeschöpft wird. Die sich da schon problematisch, das habe ich ganz offen mal gesagt, ich bin angetreten überhaupt in der Politik bei allen Parteien, deswegen schlage ich ganz konkret vor, wie das dann in Zukunft auch überhaupt nicht mehr passieren

kann. Moral ist schon, findet das nicht in Ordnung, überhaupt nicht. Sagt SPÖ-Chef Andreas Barbla im Ö1-Mittagsschöner. Der gesamte Gespräch können Sie in unseren Online-Angeboten nachhören. Der frühere Neos-Abgeordnete Wirt und Hotellier Sepp Schellhorn ist zurück in der Bundespolitik für Parteichefin Beate Meindl Reisinger. Koordiniert er eine Mittelstandstour, dabei wollen die Politiker mit Unternehmerinnen und Unternehmern ins Gespräch kommen. Und Schellhorn wird sich in den Neos vorwahlen, um ein Mandat für den Nationalrat zu bewerben, wie er am Vormittag bestätigt hat, berichtet Stefan Kappacher. Seit geraumer Zeit wird über seine Rückkehr in die Politik spekuliert, bis hin zu Gerüchten er wolle Beate Meindl Reisinger als Neos-Chefin ablösen. Am Vormittag

trat Sepp Schellhorn an der Seite der Parteichefin auf und bestätigte, dass er sich wieder um mein Nationalratsmandat bewerben werde. Ich engagiere mich wieder, weil ich das große Glück habe, dass ich einen Sohn gefunden habe, der übernehmen will und weil ich meinen Betrieb übergeben kann.

Das muss man mit Demut annehmen, dann hat man mehr Zeit. Und dann will man als politischer Nerd und als aktiver Unternehmer trotzdem einen Beitrag dazu leisten, dass die Gesellschaft das besser wird. Tatsächlich ist Schellhorn bereits zurück in der Politik. Er soll der Motor einer Mittelstandstour durch die Bundesländer sein, die die Neos mit Blickrichtung Wahljahr jetzt gestartet

haben. Monatelanger der Verfassungsgerichtshof, die Auszahlung der Corona-Hilfen geprüft, genauer gesagt, ob die Auszahlung über die eigens dafür geschaffene Kofak verfassungsgemäß ist. Heute, das Urteil, die Aufgabenübertragung an die Kofak verstößt gegen die Verfassung, die Hilfgelder fließen aber trotzdem weiter, berichtet Hannah Sommersacher.

Es ist ein vernichtendes Urteil, die Aufgabenübertragung an die Kofak verstößt gegen die Verfassung, so der VfGH. Er hebt mehrere gesetzliche Bestimmungen auf. Verfassungsexperte Peter Busjäger sagt dazu, das ist ein sehr hartes Verdicht und zeigt eben, dass es dem Gesetzgeber in erster Linie darauf ankam, sozusagen die Flucht aus der Verwaltung anzutreten. Im Ergebnis mussten die Aufgaben dann doch wieder über die Finanzämter erledigt werden. Wirksam wird die Aufhebung der verfassungswidrigen Bestimmungen erst im November des kommenden Jahres, denn der Gesetzgeber, also die Bundesregierung, müsse für die weitere Tätigkeit der Kofak und auch ihre Abwicklung nähere Regelungen erlassen. Bis dahin darf die Kofak, die ihr übertragenen Aufgaben durchführen, also auch weiterhin Hilfen auszahlen. Immerhin liegen bei der Kofak aktuell rund 6.000 Anträge auf, die noch bearbeitet werden. Jurist Busjäger findet im Erkenntnis noch einen zweiten, wichtigen Kritikpunkt des Verfassungsgerichtshofs. Konkret? Dass dem betroffenen Unternehmen kein Rechtsanspruch auf die Corona-Hilfen eingeräumt war, das sah der Verfassungsgerichtshof als einen Verstoß gegen das Sachlichkeitsgebot. Vom Finanzministerium heißt es in einer Reaktion auf das Erkenntnis, man habe die Abwicklung der Kofak bereits vom Monaten beauftragt, die nun erfolgte Entscheidung des VfGH beringe rechtliche Unklarheiten und werde in diesen Prozess einfließen. Noch auszuzahlende Hilfen würden weiter bearbeitet. Das bestätigt auch die Kofak selbst in einer Stellungnahme. Man nehme das Erkenntnis des VfGH mit Respekt zur Kenntnis. In einem ersten Schritt werde die Kofak gemeinsam mit dem Finanzministerium das Erkenntnis im Detail analysieren und alle notwendigen Maßnahmen entsprechenden Vorgaben des Ministeriums zur Umsetzung bringen. SPÖ und FPÖ sehen sich durch den VfGH in ihrer Kritik bestätigt. Mit der Auslagerung der Finanzhilfen an die Kofak habe die Regierung die parlamentarische Kontrolle verhindert. Auch NEOS sehen in der Kofak eine Fehlkonstruktion und fordern die rasche Abwicklung. In Polen liegt seit heute Mittag das offizielle Ergebnis der Parlamentswahl vom Sonntag vor und es zeigt sich, die Hochrechnungen waren weitgehend korrekt. Die bisherige Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit PIS hat keine Aussicht auf eine Mehrheit im Parlament. Die Regierungsbildung dürfte trotzdem schwierig werden, berichtet Markus Müller. Als die Wahlkommission das endgültige Wahlergebnis präsentiert, gibt es keine großen Überraschungen. Einige Mandate haben sich gegenüber der Prognose verschoben, das große Bild bleibt aber gleich. Die bisher regierende Partei Recht und Gerechtigkeit PIS ist mit 35,4% stärkste Kraft, hat im Parlament aber keinen Koalitionspartner. Die rechtsextreme Konfitalatia hat mit 7% deutlich schlechter abgeschnitten als erwartet. Auf Platz 2 landet mit 30,7% das Wahlbündnis Bürgerkoalition des früheren EU-Ratspräsidenten Donald Tusk. Zusammen mit dem Bündnis der dritte Weg und der Partei Die Linke hat Tusk eine deutliche Mehrheit der Sitzendparlament. Die Machtübergabe wäre aber nicht einfach, warnt die Politikwissenschaftlerin Eva Kulig von der Batoristiftung in Warschau. Viele wichtige öffentliche Institutionen sind weiterhin in den Händen der PIS. Diese funktionieren ihre Anhänger werden nicht einfach verschwinden. Das beginnt bei Staatspräsident Ange Duda, der den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen muss und der dürfte zuerst an die stärkste Partei gehen,

also die PIS. Auch das Höchstgericht wird weiter von Richtern, die der PIS zugerechnet werden dominiert. Bis Polen tatsächlich einen neuen politischen Kurs einschlägt, könnte es also noch dauern.

Klimaschutz jetzt im Abendjournal. Die Umweltministerinnen und Umweltminister der EU-Länder haben sich

nämlich in Marathon Verhandlungen auf eine gemeinsame Position für die Weltklimakonferenz COP28 in Dubai geeinigt. Die EU wird sich demnach für einen weltweiten Ausstieg aus fossilen Brennstoffen einsetzen. Ihr eigenes Ziel bis zum Jahr 2030 hat sie aber nicht nachgeschärft.

Verena Sophie Meier. Die EU-Staaten schrauben ihr Emissionsreduktionsziel von minus 55 Prozent, doch nicht auf minus 57 Prozent hinauf. Italien, Ungarn und Polen waren offenbar dagegen. Polen noch unter der abgewählten Regierung. Die EU-Übertreffe, ihr Ziel laut Prognosen ohnehin, sagt die Vorsitzende spanische Umweltministerin Ribeira. Klimakommissar Huxtreist überzeugt, dass Europa auch so in der Lage und Willen sein wird, andere in ihrem Ehrgeiz mitzunehmen. Die EU-Verhandler setzen sich bei der Klimakonferenz in Dubai lauter Position für einen weltweiten Ausstieg aus Öl, Kohle und Gas ein, lassen aber Raum für Technologien, um CO2 im Nachhinein zu binden.

Damit gelten die EU-Staaten trotzdem als eine der ambitioniertesten Verhandlungspartner bei der jährlichen UNO-Klimakonferenz. Von zu Hause zu arbeiten, also aus dem Homeoffice, das hat durchaus eine Vorteile. Es kann aber auch Nachteile haben, zum Beispiel wenn es um Internetkriminalität geht, das zeigt eine Studie des Beratungsunternehmens Ernstend Yang.

Dienstgeräte

wie Laptops oder Handys werden nämlich recht oft auch für private Zwecke genützt und das kann zum Einfallstor für Kriminelle werden. Johannes Schmerker Lunder berichtet.

Mit dem Diensthandy private E-Mails lesen, jeder vierte Arbeitnehmer mache das täglich mehr als die Hälfte Nützedienstgeräte zumindest manchmal für persönliche Zwecke. Mitarbeiterinnen werden

damit aber immer öfter zum Einfallstor für Cyberkriminelle, wie aus einer aktuellen Studie von Ernstend Yang hervorgeht. Gottfried Tonbeber, Leiter des Bereichs Cyber Security. Bis zu 60 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nutzen ja sowohl im beruflichen als auch privaten das gleiche Passwort. Sollte man jetzt privat schlechter geschützt sein, ist die Wahrscheinlichkeit umso höher, die Log-in-Passwort-Kombination dann dementsprechend zu erheben und dann in den Eintritt in den Unternehmensnetzwerk dann sozusagen zu nutzen. 88 Prozent der Befragten haben bereits mindestens einmal eine verdächtige E-Mail erhalten, so die Studie. Auf technischer Ebene seien regelmäßige Sicherheits-Software-Updates daher umso wichtiger, wie Bernhardt Zacherl, Director im Bereich Cyber Security bei Ernstend Yang erklärt.

Auf einer Mitarbeiter-Ebene ist das einfachste und vom Kosten-Nutzen-Faktor das effizienteste, sicherlich die Schulung und die Sensibilisierung der Mitarbeiter. Und in dem Zusammenhang ist es einfach erschreckend zu sehen, dass doch eine so hohe Anzahl von Mitarbeitern nicht regelmäßig geschult wird. Denn mehr als die Hälfte der Befragten erhalte keine regelmäßige Cyber-Sicherheitsschulung, ein Umstand, den die Studie anbrangert.

Die hohe Inflation gepaart mit einer Rezession macht die heurigen Lohnverhandlungen besonders schwierig. Da sieht man derzeit bei den Metallern, wo die Positionen von Gewerkschaft und Arbeitgebern

meilenweit auseinander liegen. Das Wirtschaftsforschungs-Institut Vivo hat sich jetzt überlegt, wie man diesen Konflikt entschärfen könnte, nämlich indem man die Basis für die Lohnverhandlungen

ändert. Maria Kern berichtet. Ausgangspunkt für Lohnverhandlungen ist bis dato immer die sogenannte rollierende Inflation. Das ist die durchschnittliche Inflation der vergangenen zwölf Monate. Das Vivo schlägt nun vor, dass man die aktuelle Inflation oder nur die Inflation der vergangenen drei Monate als Basis nehmen sollte. Ökonom Benjamin Bicci.

Der Vorteil wäre, wenn man eine unmittelbare Inflationsrate nimmt, dann kommt man gar nicht in die Situation, so wie wir sie jetzt haben, dass die Beschäftigten sehr hohe Reallohnverluste erleiden. Denn derzeit wird die Inflation immer erst ein Jahr später in den Verhandlungen berücksichtigt, wodurch den Beschäftigten eben Lohnverluste entstehen können. Das Vivo spricht sich auch für Einmalzahlungen bei Lohnverhandlungen aus, jedenfalls für Besserverdiener, weil diese etwa bei den Pensionsbeiträgen im Gegensatz zu Personen mit geringen Einkommen kaum Nachteile erleiden würden. Bei einem schweren Panzerumfall in Allenstein ist gestern ein 24-jähriger Soldat gestorben, drei weitere Besatzungsmitglieder sind leicht verletzt worden, wir haben berichtet. Das Fahrzeug ist mittlerweile geborgen, die ersten Ermittlungen sind abgeschlossen, aber die Unfallursache ist noch immer nicht geklärt, berichtet Pia Winkler-Seiser. Es war eine heikle Arbeit. Der Panzer musste aus dem Unterholz freigeschnitten werden, die unliegenden Bäume auf der Böschung wurden entfernt, bis auf einen, der den seitlich legenden Panzer noch stabilisiert hat. Zwei Bergepanzer des Bundesheeres haben das Frag dann vor einer Stunde wieder auf die Straße gehoben. Eine letzte Überprüfung durch die Polizei, dann ist begonnen worden, es zur Unfallursachenerhebung nach Oberösterreich zu transportieren. Denn unklar ist nach wie vor, ob ein menschlicher oder ein technischer Fehler zu dem Unfall führte. Die drei überlebenden Besatzungsmitglieder sind inzwischen aus dem Spital entlassen worden, berichtet Bundesherrspracher Michael Bauer. Ihnen gehe es den Umständen

entsprechend gut, sie werden psychologisch betreut. Die Staatsanwaltschaft Krems ermittelt wegen fahrlässiger Tötung. Und die Meldungen hat Martina Koffler.

Deutschlands Kanzler Olaf Scholz ist zu einem Solidaritätsbesuch in Israel eingetroffen.

Die deutsche Regierung werde sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass der Konflikt zwischen Israel und der Hamas nicht eskaliert, so Scholz nach einem Treffen mit Israels Premier Netanyahu. Die Versorgungslage der Menschen im Gaserstreifen verschlechtert sich unter dessen weiter. Das Palästinenser Hilfswerk der UNO hat vor einer drohenden Wassernot gewarnt. Die letzte funktionierende Salzwasseraufbereitungsanlage sei gestern abgeschaltet worden.

Nach Deutschland führt jetzt auch Österreich Grenzkontrollen zu Tschechien ein, um Schleuser am Ausweichen auf andere Routen zu hindern, wie es aus dem Innenministerium heißt. Die Kontrollen gelten bereits ab Mitternacht und sind vorerst auf 10 Tage anberaumt.

Der ukrainische Präsident Zelensky sieht auf Folge seiner Truppen im Kampf gegen die russische Armee. Es gebe Ergebnisse, so Zelensky in einer Videoansprache Details nannte er aber keine. Jeder zurückgelegte Kilometer und jede überwundene Verteidigungslinie der Versatzer zähle für die Unterstützung der Welt für die Ukraine, so Zelensky. In Indien dürfen gleichgeschlechtliche Paare weiterhin nicht heiraten. Das höchste Gericht hat eine Legalisierung vorerst abgelehnt. Man habe keine Befugnis die Ehe für alle zu erlauben, vielmehr sei das

[Transcript] Ö1 Journale / Abendjournal um 18 (17.10.2023)

Parlament dafür zuständig, so die Richter. Und die Statrom führt ab morgen personalisierte Eintrittskarten fürs Kolosseum ein, das soll den Schwarzmarkthandel mit überteuerten Tickets unterbinden. Offiziell kostet eine Karte 19 Euro, Websites lokaler Reiseanbieter verkaufen Touren in das Kolosseum aber um bis zu 74 Euro. Nach einem Blick auf das Wetter morgen wird es überwiegend sonnig, da und dort kann es aber bis Mittag neblig sein. Im Westen ziehen auch ein paar dichtere Wolken durch. In der Früh ist es kalt, am Nachmittag gibt es dann Höchstwerte von 9 bis 16 Grad mit leichtem Föhn bis 20 Grad. Danke Martina Koffler, das war das Abendsjournal Christian Willewald Regis, Harald Landkrafttechnik und am Mikrofon Paul Schiefer. Weiter geht es jetzt

mit dem Journal-Panorama, am Wort ist Elisa Wasch.

Guten Abend. Durch den Krieg in der Ukraine ist das gesamte Schwarze Meer ins